



BITKOM begrüßt Stellungnahme des Bundesrats zur Novellierung des Urheberrechtgesetzes

- **Bundesrat empfiehlt gründliche Überarbeitung des Regierungsentwurfs**
- **BITKOM unterstützt konkrete Empfehlungen an das Kabinett**
- **Urheberrecht muss Anforderungen an die moderne Informationsgesellschaft Rechnung tragen**

Berlin, 27. September 2002. – Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) begrüßt die Stellungnahme, die der Bundesrat heute zur geplanten Novellierung des Urheberrechtsgesetzes abgegeben hat. Der Bundesrat empfiehlt demnach dem Kabinett, seinen Beschluss vom Juli dieses Jahres gründlich zu überarbeiten. Der Kabinettsentwurf trage den Anforderungen einer modernen Informationsgesellschaft nicht ausreichend Rechnung. BITKOM teilt die Bedenken des Bundesrats in allen Punkten.

So hat sich der Bundesrat dagegen ausgesprochen, die Regelungen für analoge Kopien eins zu eins auf den digitalen Bereich zu übertragen. In diesem Punkt würde der Kabinettsbeschluss den Anforderungen der EU-Richtlinie nicht genügen, die hier eine klare Differenzierung vorsehen. BITKOM ist sich mit dem Bundesrat darin einig, dass die Urheberrechte im digitalen Bereich spezifisch geschützt werden müssen. Ansonsten würden die Rechte der Urheber angesichts der erheblich erweiterten Nutzungsmöglichkeiten im digitalen Umfeld zu sehr eingeschränkt. BITKOM begrüßt auch die Bundesrats-Kritik, der Kabinettsvorschlag lasse keine gerechte, nutzungsabhängige Vergütung zu. Laut Ländervertretung würden

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Pauschalabgaben auf digitale Geräte ungerechterweise auch diejenigen Nutzer belasten, die gar keine Kopien vornehmen. Letztlich sorgt sich der Bundesrat ebenso wie BITKOM um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland. Abgaben, die teilweise im zweistelligen Prozentbereich des Verkaufspreises liegen, benachteiligen deutsche Geräteanbieter gegenüber ausländischen Konkurrenten.

Individuelle Vergütung soll Vorrang vor Pauschalabgaben haben

BITKOM unterstützt auch die weiteren Empfehlungen der Ländervertretung an das Kabinett. So soll die individuelle Lizenzierung Vorrang vor pauschaler Vergütung erhalten. Es sollen gesonderte Regelungen der Vervielfältigung auf Papier und auf anderen beliebigen Trägern festgelegt werden. Laut Bundesrat muss außerdem klargestellt werden, dass nur Kopien von legalen Quellen erlaubt sind, um nicht Raubkopien Tür und Tor zu öffnen. Des Weiteren soll eine Gerätepauschale entfallen, wenn dem Urheber wirksame technische Schutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Damit sollen vor allem Doppelzahlungen vermieden werden. Abgaben sollen nur auf solche Geräte erhoben werden, die erkennbar und primär dazu bestimmt sind, Kopien zu erstellen. Dies entspricht der BITKOM-Forderung, dass Pauschalabgaben nicht auf PCs oder Drucker ausgeweitet werden dürfen. Der Bundesrat plädiert außerdem dafür, dass das Verhältnis zwischen Abgabe und Verkaufspreis angemessen sein muss – vorstellbar sei eine prozentuale Deckelung.

BITKOM schließt sich der Meinung des Bundesrats an, dass sich „Verfügbarkeit und Qualität urheberrechtlich geschützter Werke in der Informationsgesellschaft nur gewährleisten lassen, wenn angemessener Urheberschutz und angemessene Vergütung sichergestellt sind“. Außerdem befürwortet BITKOM die Aussage des Bundesrats, dass der überarbeitete Gesetzentwurf Anreize beinhalten muss, Systeme zum Rechte-Management (DRM-Systeme) weiterzuentwickeln und zu etablieren.

Weitere Informationen:**Ansprechpartner für die Presse**

Iris Köpke

Tel.: 030/27576-111, Fax -400

E-Mail: i.koepke@bitkom.org**Referat Urheberrecht**

Susanne Schopf

Tel.: 069/242416-40, Fax -16

E-Mail: s.schopf@bitkom.org

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) vertritt 1.300 Unternehmen, davon gut 700 als Direktmitglieder, mit ca. 120 Mrd. Euro Umsatz und mehr als 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Produzenten von Endgeräten und Infrastruktursystemen sowie Anbieter von Software, Dienstleistungen, neuen Medien und Content. Mehr als 600 Direktmitglieder gehören dem Mittelstand an. BITKOM setzt sich insbesondere für eine Verbesserung der ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, für eine Modernisierung des Bildungssystems und für die Entwicklung der Informationsgesellschaft ein.